



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp, Andreas Jurca** und **Fraktion (AfD)**

**Raus aus der „erneuerbaren“ Kostenfalle:
Entlastung schaffen, Subventions-Irrsinn beenden!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die ideologische Zwangsdekarbonisierung, hohe staatliche Abgaben und eine fehlgeleitete Sanktionspolitik die Hauptursachen für die gegenwärtige Kostenexplosion bei Energieträgern sind und der Krieg gegen den Iran sowie die damit verbundene Sperrung der Straße von Hormuz diese selbst verschuldete Ausgangslage lediglich offengelegt und verschärft haben.

Vor diesem Hintergrund wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundes- bzw. EU-Ebene für folgende Maßnahmen einzusetzen:

- Aussetzung der CO₂-Abgabe (BEHG/ETS II) auf Benzin und Diesel
- Senkung der Energiesteuer und der Umsatzsteuer auf Benzin und Diesel auf das EU-Mindestmaß
- Aussetzung der CO₂-Komponente bei der Lkw-Maut
- Keine Einführung eines Tempolimits auf deutschen Autobahnen
- Senkung der Stromsteuer und der Umsatzsteuer auf Strom für alle Abnehmer auf das EU-Mindestmaß
- Aussetzung des ETS I für Kraftwerke
- Abschaffung des Gebäudeenergiegesetzes, des Wärmeplanungsgesetzes, des Energieeffizienzgesetzes sowie aller entsprechenden EU-Vorgaben, die den Zwangsaustausch fossiler Heizungen und die Zwangsdämmung von Gebäuden vorschreiben
- Auslaufen sämtlicher klima- und energiewendebezogener Subventionen

Begründung:

Trotz explodierender Spritpreise infolge des Krieges gegen den Iran ist nicht der Rohölpreis der Haupttreiber, sondern der Staat selbst: Auch jetzt (Stand 14. April 2026) beträgt der staatliche Anteil rund 55 Prozent bei Super E10 und 44 Prozent beim Diesel, nachdem es 2025 sogar 64 Prozent beim Benzin und 56 Prozent beim Diesel waren (ADAC, 2026).

Eine sofortige Aussetzung der CO₂-Abgabe sowie die Senkung der Energie- und Umsatzsteuer auf das EU-Mindestniveau, wie von der AfD gefordert, würde die Preise drastisch senken – Diesel würde von etwa 2,30 Euro auf rund 1,86 Euro fallen und Super E10 von

etwa 2,11 Euro auf etwa 1,52 Euro. Das wäre eine echte Entlastung für Bürger und Wirtschaft statt teurer Symbolpolitik der Schulden-Koalition aus CDU/CSU und SPD.

Die hohen Kraftstoffpreise belasten die bayerische Speditionsbranche existenziell: Treibstoffkosten machen bis zu 60 Prozent der Betriebsausgaben aus. Ein typischer 40-Tonner verursacht bei 10 000 km monatlich Mehrkosten von über 1.200 Euro pro Fahrzeug; dies treibt zahlreiche mittelständische Betriebe in die Insolvenz. Besonders gravierend wirken die doppelte CO₂-Belastung durch die nationale CO₂-Abgabe an der Zapfsäule sowie die CO₂-Komponente in der Lkw-Maut, die die Gesamtmaut nahezu verdoppelt hat. Die daraus resultierenden höheren Logistikkosten führen zu spürbaren Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs (SZ, Handelsblatt, BGL, 2026).

Der wiederkehrende Vorschlag eines Tempolimits auf deutschen Autobahnen ist aus mehreren Gründen schädlich und verfehlt: Die Geschwindigkeitsfreiheit gilt als kulturelles Erbe und zentrales Symbol der Nachkriegsfreiheit und des Wirtschaftswunders (SZ, 2010). Das Einsparpotenzial beim Kraftstoffverbrauch von Pkw liegt lediglich bei marginalen 1,6 bis 2,2 Prozent (ADAC, 2022), während bereits 98,9 Prozent des gesamten Straßennetzes und 30 Prozent der Autobahnen Geschwindigkeitsbegrenzungen aufweisen (BMVI, 2022). Gleichzeitig verursacht ein Tempolimit erhebliche volkswirtschaftliche Kosten: 65 Mio. verlorene Arbeitsstunden und ein jährlicher BIP-Verlust von bis zu 1,7 Mrd. Euro. Die CO₂-Vermeidungskosten lägen mit rund 716 Euro pro Tonne extrem hoch und damit deutlich ineffizienter als im Brennstoffemissionshandel oder im EU-Emissionshandel (IfW Kiel, 2020).

Aufgrund des Ausstiegs aus günstiger und grundlastfähiger Kernenergie, der CO₂-Bepreisung fossiler Energieträger, des Kohleausstiegs, der stark gestiegenen Systemkosten der volatilen Wind- und PV-Stromerzeugung sowie der fehlgeleiteten Sanktionspolitik sind die Strompreise zwischen 2019 und 2025 um 29 Prozent für Gewerbe (28,75 ct/kWh), 20 Prozent für die Industrie (19,09 ct/kWh) und 37 Prozent für Haushalte (auf 42,46 ct/kWh) gestiegen. Eine Aussetzung der ETS-Bepreisung, die Senkung der Stromsteuer auf EU-Minima und die Reduzierung der Umsatzsteuer auf 7 Prozent, wie von der AfD gefordert, könnten spürbare Preissenkungen von rund 20 Prozent ermöglichen: auf 15,48 ct/kWh für Industriekunden, auf 20,94 ct/kWh für Gewerbe und auf 35,41 ct/kWh für Haushalte.

Die Kosten der erzwungenen Dekarbonisierung erreichen ein untragbares Ausmaß und werden bis 2045 im besten Fall auf rund 13,2 Bio. Euro geschätzt – einschließlich Investitions- und laufender Kosten über alle Sektoren hinweg. Das entspricht etwa 600 Mrd. Euro pro Jahr beziehungsweise rund 7.000 bis 14.500 Euro pro Durchschnittshaushalt jährlich (PwC, 2024).

Allein die EEG-Differenzkosten (EEG = Erneuerbare-Energien-Gesetz) haben sich seit dem Jahr 2000 auf insgesamt 368 Mrd. Euro summiert (Tech for Future, 2026). Hinzu kommen erhebliche staatliche Ausgaben auf Landesebene: Der Freistaat wendet jährlich rund 862 Mio. Euro an wertvollen Steuergeldern für klima- und energiewendebezogene Subventionen auf (Drs. 18/20042).

Die wegfallenden Einnahmen können durch Einsparungen an anderer Stelle vollständig gegenfinanziert werden, wie der von der AfD-Fraktion im Bundestag vorgelegte alternative Bundeshaushalt für 2026 mit Einsparungen in Höhe von 125 Mrd. Euro eindrucksvoll belegt (primär durch EU-Reduktion 33,1 Mrd. Euro, Streichung des KTF 22,5 Mrd. Euro, Bürgergeld-Reform 6,3 Mrd. Euro und Kürzung der Entwicklungshilfe 8,1 Mrd. Euro).